

Die neue Regierung zur Pflege

Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auch zur Pflege geäußert. Insbesondere zwei Aspekte sind hierbei besonderes wichtig:

Zitat I aus dem Koalitionsvertrag: *„Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. ... Es liegen bereits gute Ansätze vor, die Pflegebedürftigkeit so neu zu klassifizieren, dass nicht nur körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch anderweitiger Betreuungsbedarf (z. B. aufgrund von Demenz) berücksichtigt werden können.“*

Der der Politik zur Entscheidung vorliegende Pflegebedürftigkeitsbegriff wurde bereits auf seine Auswirkung auf das Pflegesystem geprüft. Eine Untersuchung der Uni Bremen kommt zu folgendem Ergebnis: *„Die höhere Zahl der Leistungsberechtigten führt – ausreichende Kapazitäten vorausgesetzt – zu einer höheren Zahl Pflegebedürftiger in vollstationärer Pflege.“*

Zitat II aus dem Koalitionsvertrag: *„Die Pflegeversicherung bleibt ein wichtiges Element der sozialen Sicherung. Die Pflegebedürftigen müssen auch künftig angemessene Pflegeleistungen zu einem bezahlbaren Preis erhalten. In der Form der Umlagefinanzierung kann die Pflegeversicherung jedoch ihre Aufgabe, allen Bürgern eine verlässliche Teilabsicherung der Pflegekosten zu garantieren, auf Dauer nicht erfüllen. Daher brauchen wir neben dem bestehenden Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die **verpflichtend** ... ausgestaltet sein muss. ... Die Veränderung in der Finanzierung eröffnet Chancen, die Leistungen der Pflegeversicherung langfristig zu dynamisieren und die Pflegebedürftigkeit – auch zugunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie z. B. Demenz – neu zu definieren.“*

Neben der umlagefinanzierten Pflegeversicherung wird also ein Art „Zwangspflege-Riester“ als kapitalgedeckte Absicherung der Kosten der Pflege in Deutschland eingeführt werden. In der Vergangenheit hatte z.B. die ehemalige bayr. Sozialministerin Christa Stewens und Prof. Raffelhüschen eine solche Ab- bzw. Versicherung vorgeschlagen. Die zu erwartenden Monatsbeiträge sollten unter 10 Euro liegen.

In ihrer Regierungserklärung vom 10.11.2009 fasste die Bundeskanzlerin diese zwei Themenschwerpunkte wie folgt zusammen:

„Wir werden unter anderem die Pflegebedürftigkeit neu definieren, und wir werden ein heißes Eisen anpacken, ganz egal, welche Widerstände das erzeugen wird: Die Ergänzung der Umlagefinanzierung durch eine Kapitaldeckung. Damit kein Missverständnis entsteht: Ich sage Ergänzung, nicht Ersatz.“

Neue Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060

Am 18.11.2009 stellte das Stat. Bundesamt die Ergebnisse der neuen Bevölkerungsvorausberechnung der Öffentlichkeit vor: Das Handelsblatt (19.11.09) schreibt dazu: *„Die Betreiber von Altenheimen ... können sich über die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes freuen.“*